

# FREIE HEIDE statt Bombodrom

**Seit zwölf Jahren versucht die Bundeswehr, auf dem Truppenübungsplatz Kyritz-Ruppiner Heide bei Wittstock das so genannte Bombodrom wieder in Betrieb zu nehmen. Bislang erfolglos, denn der breite Protest in der Region, kreativer Widerstand und mehrere Klagen haben die Pläne bislang vereitelt.**

von Bombenabwürfen und Artillerieübungen durchführten. Der zweite Weltkrieg ist hier praktisch erst mit dem Abzug der Sowjetarmee 1990 zuende gegangen. Doch die Hoffnung auf eine freie Heide schien zu zerplatzen, als die Bundeswehr - entgegen früheren Zusicherungen - 1992 plötzlich doch Anspruch auf das Gelände erhob.

Die Empörung der Menschen und der betroffenen Gemeinden wurde noch

schauer Paketes gibt es keine feindlichen Armeen mehr, gegen die das Land aus der Luft zu verteidigen wäre. So soll der Truppenübungsplatz auch „dem Zweck dienen, den Ausbildungsstand der Einsatzverbände - hier insbesondere der Krisenreaktionskräfte - zu halten und zu verbessern“ (Aussage des Oberbundesanwaltes vor dem Bundesverwaltungsgericht).

Die Bundeswehr entwickelt sich im Rahmen von NATO und EU immer mehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee. Die militärische Bedeutung des Bombodroms muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Bei der BI FREIE HEIDE ist man sich jedenfalls einig: Bomben sind Angriffswaffen, die weltweit zu ächten sind, und ihr Einsatz darf weder in der Ruppiner Heide noch sonstwo geübt werden. Die BI baut deshalb Kontakte auf zu von Bombenabwurfplätzen Betroffenen in anderen Teilen der Welt. Im Kasten „Was die Bundeswehr plant“ (Seite 3) wird deutlich, worin die „Krisenreaktionskräfte“ sich üben sollen, um es später auf allen Kontinenten anzuwenden. Und wenn die Bombenabwürfe erst einmal begonnen haben, ist der Willkür sowieso Tür und Tor geöffnet, befürchtet die BI FREIE HEIDE.



**Dafür hat die Bundeswehr sich das nach 1950 vom sowjetischen Militär zwangsenteignete Gelände inzwischen fest einverleibt und mit dem Ausbau begonnen. Im Juli 2003 kündigte Verteidigungsminister Struck an, das Bombodrom nach dem Sommer in Betrieb zu nehmen.**

Als die Bundeswehr 1992 entschied, den sowjetischen Truppenübungsplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide in Nordbrandenburg doch weiter nutzen zu wollen, ging ein Aufschrei der Entrüstung durch die Region. Vierzig Jahre lang hatten die Menschen unter Detonationen und Tiefflugterror der sowjetischen Truppen gelitten, die in der Heide alle Arten

verstärkt, da die Bundeswehr in alter „stalinscher Manier“ agierte. Sie erhielt das nach 1950 zwangsenteignete Gelände vom Bundesvermögensamt übertragen, sperrte es kurzfristig ab und stellte in großer Zahl Schilder auf, die das Betreten unter Androhung von Waffengewalt untersagten. In der Gemeinde Schweinrich wurde zum Beispiel mehr als die Hälfte des Gemeindegebietes bis zur Grenze des Ortskerns abgesperrt.

## Das Gesicht des Krieges

Was auf dem Bombodrom geübt werden soll kann schwerlich als Landesverteidigung bezeichnet werden. Seit der Auflösung des War-

Fortsetzung nächste Seite



### Gewaltfreie Widerstandskultur

Das tief verwurzelte Unrechtsbewußtsein und die allgemeine friedenspolitische Einstellung sind tragende Säulen des Protestes. Dies ist vor allem der 1992 gegründeten Bürgerinitiative FREIE HEIDE zu verdanken. Sie ist in der Region verankert, arbeitet mit der kommunalen Verwaltung zusammen und wurde zum Symbol eines kreativen, gewaltfreien und alle Bevölkerungsgruppen vereinenden Protestes.

Die BI führt regelmäßig Protestwanderungen zum und ins Bombodrom durch. Alljährlich finden Aktionstage mit Teilnehmenden aus ganz Deutschland statt (siehe Einladung Seite 1). „Die Frage des Bombodroms ist viel mehr als nur ein lokales Problem“, betont eine Sprecherin. „Es ist ein Bundes-, ja sogar Europa-relevantes Thema! Bei über 85 Protestveranstaltungen haben das mehr als 200.000 Teilnehmer aus Nah und Fern bekräftigt. Seit Jahren findet eine der größten Ostermarschaktionen in Fretzdorf statt“. Diese Auffassung teilt die Bürgerinitiative mit der 2002 in den nördlich angrenzenden Mecklenburgischen Anliegergemeinden gegründeten Aktionsgemeinschaft FREIER HIMMEL. Die beiden Gruppen haben sich auch schon so manche kreative Gemeinschaftsaktion ausgedacht wie die Protestfahrt mit einem Fahrgastschiff von Neuruppin bis zum Berliner Reichstag am 16. Juni 2004. Darüber hinaus riefen im letzten Jahr Unternehmen, Gewerbetreibende, Grundeigentümer und Land-

Dezember 2000 untersagte das Bundesverwaltungsgericht in letzter Instanz den militärischen Übungsbetrieb bis auf weiteres. Die Betroffenheit und die planerischen Vorstellungen der Gemeinden seien nicht ausreichend ermittelt und berücksichtigt worden.

Allerdings erklärte das BVerwG - im Gegensatz zu den vorhergehenden Gerichtsentscheidungen - die Übernahme des sowjetischen Übungsplatzes durch die Bundeswehr grundsätzlich für rechtmäßig. Stalinistische Zwangsentweignungen der 50er Jahre und sowjetisches Besatzungsrecht wurden formal in Bundesrecht übergeleitet. Der Einigungsvertrag, so das Gericht, habe die Grundlagen dafür geschaffen, „dass auch die Liegenschaften, die von sowjetischen Truppen ... für militärische Zwecke genutzt worden sind, in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland übergegangen sind und für Zwecke der Bundeswehr weitergenutzt werden dürfen.“

### Wes Brot ich eß, ...

Damit war, trotz Übungsverbot, ein wichtiger Pfeiler im Streit gegen das Bombodrom weggebrochen. Die Bundeswehr konnte zu einem neuen Anlauf ausholen, um das Bombodrom so schnell wie möglich in Betrieb zu nehmen. Mit dem ihr gerichtlich gewährten Hausrecht konnte sie zudem auf dem Gelände Fakten schaffen und die Gemeinden erfolgreich daran hindern, das Areal selbst zu nutzen.

Zur Inbetriebnahme des Bombodroms gab das Gericht der Bundeswehr einige relativ leichte Hausaufgaben auf - leicht im

Vergleich zur bei dieser Größenordnung normalerweise üblichen Planfeststellung.

### Bundeswehr genehmigt sich das Bombodrom

Erstmaling in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland mußte 2001/2002 ein „Anhörungsverfahren“ zur Inbetriebnahme eines Bombenabwurfplatzes durchgeführt werden. Der Anwalt der betroffenen Gemeinden klagt, dass das Verfahren mit



### Gruppen und Kontaktadressen:

#### BI FREIE HEIDE

Gegründet am 23. August 1992 und seitdem in der Region und darüber hinaus aktiv, wird von weiten Teilen der Bevölkerung und der örtlichen Politik unterstützt, verantwortlich für den kontinuierlich andauernden Protest, am 14.12.2003 mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet, auf der Website findet sich eine ausführliche Chronik des Widerstandes und vieles mehr,  
**Kontakt:** Büro BI FREIE HEIDE, Dorfstr. 44, Tel. 033924-70497, 16818 Frankendorf, info@FREIEHEIDE.de, [www.freieheide.de](http://www.freieheide.de)

**Spendenkonto:** BI FREIE HEIDE, Sparkasse OPR, BLZ 160 502 02, Kto.-Nr. 1680000167

#### FREIE HEIDE Gruppe Berlin/Neuruppin

Arbeitet seit 1993 innerhalb der BI FREIE HEIDE, veranstaltet die Sommeraktionstage und hat die Kampagne „Bomben nein - wir gehen rein“ initiiert, Website enthält umfangreichen Downloadbereich  
**Kontakt:** Kampagnenbüro, [www.freieheide-nb.de](http://www.freieheide-nb.de) Rudolf-Breitscheidstr.38 16816 Neuruppin, 03391/4549560, gert.strohschneider@freieheide.org

#### Aktionsgemeinschaft FREIER HIMMEL

Seit 2002 in Mecklenburg-Vorpommern aktiv mit dem Ziel, das Bombodrom und die Tiefflüge in der Mürzitzregion zu verhindern, Website enthält im Downloadbereich u.a. ein umfangreiches Argumentationspapier zur Bedrohung von Natur u. Tourismus,  
**Kontakt:** Barbara Lange, Schildkamp 1b, 17252 Mirow, Tel. 039833-269822, mail@freier-himmel.de, [www.freierhimmel.de](http://www.freierhimmel.de)

#### Unternehmerinitiative PRO HEIDE

Im Jahr 2002 neu gegründete Unternehmerinitiative zur Verhinderung des Bombodroms, hat detaillierte Untersuchungen zu Gesundheitsschäden, Verlust an Lebensqualität und zur Vernichtung der wirtschaftlichen Grundlagen (Tourismus, Landwirtschaft) in der Region angestellt, steht hinter vielen Privatklagen,  
**Kontakt:** Kampagnenbüro, Karl-Liebnecht-Str. 26, 16816 Neuruppin, Tel. 03391- 51 222 0, buero@proheide.de, [www.proheide.de](http://www.proheide.de)



Die Erinnerung an die Enteignungen und die Forderung nach Demokratie ist bis heute Grundlage von Widerstand und Protest (Bild oben)

wirte die BI PRO HEIDE ins Leben, weil sie bei Inbetriebnahme des Bombodroms um ihre Existenz fürchten.

### Gemeinden ziehen vor Gericht

Die erste juristische Auseinandersetzung wurde zwischen 1994 und 2000 von den Anliegergemeinden durchgefochten, die sich auf das grundgesetzlich verankerte kommunale Planungsrecht beriefen. Im



zwei Terminen in Wittstock und Neuruppin „nicht dem rechtsstaatlichen Mindeststandard“ entsprochen hat. Die von der Bundeswehr vorgelegten 20-seitigen Unterlagen seien völlig unzureichend gewesen. Unter

Kurze Besetzung eines Hügels auf dem Bombodrom, Sommer 2003 (Bild links)

Auftakt zur Kampagne „Bomben nein - wir gehen rein“ (Bild unten)



anderem wurden betroffene Gemeinden ausgeschlossen, nur weil sie - obwohl von den Tiefflügen direkt betroffen - jenseits der Landesgrenze in Mecklenburg liegen. Im vierseitigen

Lärmgutachten der Bundeswehr wurde nur der Dauerschallpegel berechnet, d.h. der gemäß Lärmschutzverordnung über 24 Stunden gemittelte Schallwert. Die Lärmspitzen blieben unberücksichtigt, obwohl gerade diese „Einzelereignisse“ gesundheitsgefährdend sind, wie Gegengutachten beweisen.

Nach der formalen Anhörung, in der sich 21 der 22 Angehörten gegen das Bombodrom aussprachen, ordnete das Bundesverteidigungsministerium am 9. Juli 2003 eine Inbetriebnahme nach den Sommerferien an. Dagegen wurde sofort Klage erhoben mit dem Ergebnis, dass das Verwaltungsgericht Potsdam am 18. September den Vollzug bis auf weiteres gestoppt hat. Über die Beschwerde der Bundeswehr gegen dieses Urteil sowie gegen weitere Unterlassungsverfügungen entscheidet das Oberverwaltungsgericht letztinstanzlich. Unter den Klägern

sind mehrere betroffene Gemeinden, von der Bundeswehr in ihren Belangen ignorierte touristischen Unternehmen sowie die Naturschutzverbände BUND und NABU. Letztere haben zum Schutz der im Bombodrom befindlichen und daran unmittelbar angrenzenden Naturschutzgebiete (u.a. der Müritz-Nationalpark) Verbandsklage erhoben.

Das Kernproblem aber ist, dass die Inbetriebnahme des Bombodroms juristisch wohl nur auf Zeit gestoppt werden kann. Auch wenn die Kläger erneut bis zur letzten Instanz erfolgreich sein sollten: Die Kriegsübungen in der Kyritz-Ruppiner Heide wären nur bis auf weiteres untersagt. Die Bundeswehr könnte sich einmal mehr mithilfe des eigens für die Bundeswehr geschaffenen Landesbeschaffungsgesetzes durchsetzen. Ob das Bombodrom kommt oder nicht ist letztendlich eine politischen Entscheidung.

**Politische Auseinandersetzung**

In der allgemeinen politischen Debatte, stehen neben friedenspolitischen Argumenten vor allem die gesundheitlichen Schäden und die wirtschaftlichen Folgen durch den Bombodrombetrieb im Mittelpunkt der Diskussion, zumal in der

betroffenen Region selbst. Denn mit der Inbetriebnahme droht die Region im wahrsten Sinne des Wortes abzustürzen. Die Unternehmerinitiative PRO HEIDE zum Beispiel hat die Folgen akribisch aufgelistet:

- Maximale Schallpegelwerte zwischen 98 und 123 dB (Presslufthammer"qualität") sowie Mittelungspegel von über 60 dB verursachen Schocksymptome, Gehörschäden und Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Belastung der Atemluft durch Treibstoffabgase und -reste niedrigfliegender Kampffjets, wobei der von der NATO verwendete Treibstoff JP8 in Deutschland verbotenes, krebserregendes 1,2-Dibrom-Ethan enthält
- Naturzerstörung, in der wald- und seenreichen Region befinden sich z.B. die größten Brutgebiete des Seeadlers
- Einnahmeeinbußen in der Landwirtschaft, zum Beispiel sind Vertragskündigungen durch Babynahrungshersteller angedroht
- Zerstörung der seit 1990 aufstrebenden Tourismuswirtschaft; Tourismusunternehmen sind gesetzlich

**Was die Bundeswehr plant:**

**Wer soll üben und was ?**

Neben den Hubschraubern und Kampfbombern der Bundesluftwaffe sollen auch alle innerhalb der NATO verwendeten Kampfbomber üben, um dem NATO-Grundsatz der „gerechten Lastenteilung“ zu genügen, denn die deutsche Luftwaffe übt vorwiegend im Ausland. Ohne das Bombodrom können im Inland nur Standard-Einsatzverfahren in Siegenburg und Nordhorn geübt werden, die wesentlich kleiner sind. Mit Wittstock könnten auch so genannte taktische Bombenabwürfe im Inland geübt werden. Es ist geplant, alle Arten von Bombenabwürfen zu üben. Die Bomben sollen aus Höhen von 30 bis 4000 m abgeworfen werden. Man kann schließen, dass auch ziel-suchende moderne Bomben aus großen Flughöhen eingesetzt werden sollen, allerdings soll nur Übungsmunition verwendet werden. Darüber hinaus soll auch Artillerie des Bundesheeres an 100 Tagen im Jahr auf dem Bombodrom üben. Die Angaben sind konsistent mit dem Festhalten der Regierung am Bombodrom Wittstock. Die kriegsrelevanten Abwürfe aus großen Höhen sowie kombinierte Einsätze von Luft- und Bodenverbänden können nur auf einem so großen Bombenabwurfplatz durchgeführt werden.

**Übungskonzept**

Es sollen bis zu 1700 Einsätze im Jahr geflogen werden, was die maximale Einsatzzahl ist, die mit dem Lärmschutzgrenzwert (Dauerschallpegel) vereinbar ist. Ein Einsatz besteht üblicherweise aus den Kampfübungen einer aus bis zu 4 Flugzeugen bestehenden Formation mit einem Abstand von 5 Sekunden. Während eines Einsatzes fliegt jedes Flugzeug das Ziel im Durchschnitt 5 mal an und dreht dabei jeweils eine Runde über dem Bombodrom. Dies entspricht bis zu 6800 Ein- und 6800 Ausflügen und bis zu 34000 Kampfübungen mit je einer Platzumrundung innerhalb von 47 Wochen im Jahr. Dies entspricht rund 150 Kampfübungen pro Flugtag und einer Kampfübung alle 2 Minuten während der 5.5 Flugstunden am Tag. Rund 240 Einsätze sollen nachts stattfinden, dann allerdings mit je einem Kampfbomber. Die zulässige Flughöhe außerhalb

	Einsätze	Flugzeuge	Bombenabwürfe
pro Stunde*	1.5	6	30
im Jahr	1700	6800	34000

\*: während der angegebenen Flugzeiten tagsüber

gekennzeichneter Gebiete beträgt 300 m über Grund. Bei Vorliegen einer Genehmigung können es auch 150 m sein.

BI FREle HEIDe Gruppe Berlin/Neuruppin, auf Grundlage der fünfseitigen Bundeswehrunderlagen zum Übungskonzept im Rahmen des Anhörungsverfahrens

verpflichtet hinzuweisen, wenn sie in Tieffluggebieten liegen, doch wer macht schon Urlaub neben einem Bombenabwurfplatz

- In Folge dessen Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen, Arbeitsplatzverlust, Wertverluste usw.

Solche Argumente haben den Brandenburgischen Landtag dazu gebracht, einem gemeinsamen Entschließungsantrag von SPD und CDU gegen das Bombodrom zuzustimmen. Landtag und Landesregierung sollen „geeignete politische Mittel“ einsetzen, damit „auf eine Wiederinbetriebnahme des Schießplatzes Kyritz-Ruppiner Heide („Bombodrom“) verzichtet wird.“ Die Mecklenburgische Landesregierung hat sich ebenfalls gegen das Bombodrom ausgesprochen.

So verständlich und nachfühlbar diese Argumente und Ängste auch sind: Trügerisch sind alle Versprechungen von Politikern, die sich für die Region und gegen das Bombodrom stark machen, die sich aber gleichzeitig unkritisch hinter eine „Sicherheits-“ Politik stellen, die von „Krisenintervention“ spricht und die Bundeswehr zur Teilnahme an massiven NATO-Militärschlägen (wie 1999 in Jugoslawien) aufrüstet. Polit-Taktierer wägen heute zugunsten der FREIen HEIDe ab, morgen (oder nach den Wahlen) überwiegen dann wieder die „verteidigungs-“ politischen Interessen.

Beispiele solcher Meinungswechsel

gibt es leider einige: So hatte vor gut zehn Jahren Peter Struck für die SPD-Bundestagsfraktion erklärt:

**„Wir fordern den Verteidigungsminister auf, die in seinem Konzept vorgesehene Weiternutzung ... des Übungsplatzes Wittstock-Neuruppin aufzugeben. Wenn die Bundeswehr diesen Platz tatsächlich weiternutzen wird, so wird sie damit ... gegen den von ihr selbst aufgestellten Grundsatz verstoßen, prinzipiell keine sowjetischen Übungsflächen zur Weiternutzung übernehmen zu wollen, und damit in den neuen Ländern den Rest Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verlieren.“**



Protestwanderung, 1992 (Bild oben)

Glaubwürdigkeit hin oder her, 2004 fordert der gleiche Herr Struck, mittlerweile selbst Verteidigungsminister, die schnellstmögliche Inbetriebnahme des Bombodroms.

### Friedenspolitik statt "Friedensmacht"

So lange die Politik Bomben und das Testen derselben als legitimes Mittel zur „Krisenbewältigung“ bzw. zur „Verteidigung deutscher Interessen“ (ob am Hindukusch und anderswo) ansieht, so lange wird sie auch versuchen, Testplätze wie das Bombodrom durchzusetzen. Bis 2012 soll die Luftwaffe neue Ausrüstung im Wert von rund 40 Milliarden Euro erhalten. Dazu gehören weitere Eurofighter, Marschflugkörper, lasergelenkte Spreng- und Penetrations-Bomben und ein taktisches Luftabwehrsystem für kurze Entfernungen. Der



Erinnerung an die Lügen und Versprechen bei der Protestwanderung im August 2003 (Bild oben)

Gebrauch dieser Waffen muß dann auch vor dem Kriegsfall geübt werden.

Eine Politik, die „Frieden“ mit Militärmacht durchsetzen will, ist zum Scheitern verurteilt. Der Nahost-Konflikt ist hierfür das klassische Beispiel. Die mörderische Gewaltspirale wird durch gezielte Liquidation des Terrorismus beschuldigter Menschen aus der Luft weitergedreht. Den Preis zahlt immer die Bevölkerung, die unter Terror und Gegenterror leidet. Die aktuelle US-Regierung ist - gestützt auf ihre Präzisionsbomben - dabei, das Muster des Nahost-Konfliktes auf den Weltmaßstab auszuweiten. Dieser tödlichen Eskalationspolitik müssen Deutschland und Europa eine aktive Friedenspolitik und gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien entgegensetzen - und zwar auf allen Ebenen. Hierzu gehört auch die Schaffung einer „Nonviolent Peaceforce“ zur zivilen Konfliktbearbeitung.

Ein Verzicht auf das Bombodrom ist der erste, unabdingbare Schritt hin zu einer echten Friedenspolitik. Die mittlerweile 13 Jahre andauernde Auseinandersetzung zeigt, daß die Bundespolitik darauf freiwillig nicht verzichten wird. Was den Menschen bleibt, ist diesem Projekt die Akzeptanz zu entziehen. Hierfür braucht die FREIe HEIDe noch viel Unterstützung. Mittlerweile haben über 1400 Menschen, überwiegend aus der Region, eine Erklärung unterzeichnet:

„Wenn die Bundeswehr das Gelände in Betrieb nimmt, werden wir auf den Platz gehen, um die Einsätze durch unsere Anwesenheit zu behindern.“

*Heidi Günther und Andreas Will (BI FREIe HEIDe) und Carsten Sperling (BSV)*



Der ehemalige Kommandoturm wird zum „Pink Point“, Sommer 2002 (Bild links)